

Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 19.03.2009

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:00 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister David (Vorsitzender)

CDU

Herr Dr. Annecke
Herr Helling
Herr Henrichsmeier (für Herrn Lux)
Herr Nettelstroth
Herr Dr. Zillies

SPD

Frau Biermann
Herr Fortmeier
Herr Clausen
Herr Hamann
Herr Sternbacher

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Rees
Frau Dr. Schulze

BfB

Herr Schulze

FDP

Herr Buschmann beratendes Mitglied nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Die Linke

Frau Schmidt beratendes Mitglied nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Bürgernähe

Herr Schmelz beratendes Mitglied nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Entschuldigt fehlt:

Herr Lux, CDU-Fraktion

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister David stellt die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses sowie die ordnungsgemäße Einladung, die mit Schreiben vom 10.03.2009 fristgerecht eingegangen sei, fest.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 1 Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 1.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 53. Sitzung des Hauptausschusses am 29.01.2009

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 53. Sitzung des Hauptausschusses am 29.01.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 54. Sitzung des Hauptausschusses am 12.02.2009

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 54. Sitzung des Hauptausschusses am 12.02.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Mitteilungen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 3

Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 4

20. Jahrestag der friedlichen Revolution in der DDR

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6447/2004-2009

Herr Oberbürgermeister David berichtet zur Vorlage.

Der Hauptausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung über die geplanten Veranstaltungen anlässlich des 20. Jahrestages der friedlichen Revolution in der DDR zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5

**Beschwerdestelle für Opfer von Diskriminierung,
Antidiskriminierungsstelle für Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6310/2004-2009

Herr Rees begrüßt das vorliegende Konzept einer Beschwerdestelle für Opfer von Diskriminierung. In diesem Zusammenhang erinnert er daran, dass seine Fraktion in der Vergangenheit stets auf die Vorbildfunktion der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften bei der Einstellung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund hingewiesen habe, da bei der Besetzung von städtischen Ausbildungsplätzen der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht dem Anteil an der Bevölkerung Bielefelds entspreche. Von daher bitte er die Verwaltung, bei Stellenausschreibungen für das nächste Jahr in Form einer „positiven Diskriminierung“ insbesondere Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte zu ermuntern, sich auf die Stellen zu bewerben. In diesem Zusammenhang spreche er sich auch für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung aus. Gerade in den Bereichen, für die eine höhere Qualifikation erforderlich sei, sollte der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund erhöht werden.

Frau Schmidt stimmt den Ausführungen von Herrn Rees zu und fordert, dass der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund dem Anteil an der Gesamtbevölkerung in Bielefeld entsprechen sollte. Überdies bittet sie um Auskunft, ob und inwieweit die Antidiskriminierungsstelle Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung anbieten würde, um diese für die Thematik zu sensibilisieren.

Herr Clausen erklärt, dass er den Begriff der „positiven Diskriminierung“ für rechtlich bedenklich erachte und von einer Verwendung abrate. Der Schwerpunkt der Antidiskriminierungsarbeit liege in der Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die unmittelbar mit Menschen unterschiedlicher Herkunft und Identität zu tun hätten. Ziel sollte

sein, durch Schulung und Fortbildung zu erreichen, dass alle Personen unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität etc. gleich behandelt würden. Vor dem Hintergrund weiterer Stellen, die innerhalb der Stadtverwaltung für andere Diskriminierungsgründe wie z. B. Behinderung oder Alter zuständig seien, bittet Herr Clausen abschließend um Auskunft, ob eine Schnittstellenproblematik festzustellen sei.

Herr Voßhans weist darauf hin, dass die Antidiskriminierungsstelle ihre Arbeit erst aufnehmen werde und insofern noch kein Erfahrungsbericht gegeben werden könne. Unabhängig davon sei die Frage möglicher Schnittstellenprobleme in Zusammenarbeit mit den anderen Diskriminierungsstellen laufend zu überprüfen. Hinsichtlich des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund bei der Stadt Bielefeld und der damit in Zusammenhang stehenden Frage der interkulturellen Orientierung verweist er auf die im Finanz- und Personalausschuss beschlossenen Prüfungsaufträge an die Verwaltung, die das Amt für Integration in den angelaufenen Prozess zur Erarbeitung eines Integrationskonzeptes aufnehmen werde und für die konkrete Maßnahmevorschläge unterbreitet würden.

Unter Verweis auf die Leitbilddiskussion betont Herr Oberbürgermeister David, dass er von jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter die Verinnerlichung der in dem Leitbild enthaltenen Aspekte erwarte. Im Übrigen sei bei Begründung von Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnissen aus seiner Sicht der Leistungsgedanke das maßgebliche Kriterium. Unabhängig davon werde er die von Herrn Rees gemachte Anregung, bei den Stellenausschreibungen insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund aufzufordern, sich auf Ausbildungsplätze zu bewerben, aufzugreifen.

Frau Schmidt weist darauf hin, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund trotz hoher Qualifikation und großer Integrationsbereitschaft Schwierigkeiten hätten eine Lehrstelle zu finden. Aus ihrer Sicht sei es notwendig, dass Menschen aus anderen Kulturkreisen in der Verwaltung Personen antreffen, die den gleichen kulturellen Hintergrund hätten.

Frau Dr. Schulze erklärt, dass bei dem Vorhaben, den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Verwaltung entsprechend dem Anteil an der Gesamtbevölkerung zu erhöhen, der Leistungsgedanke nicht zwingend in den Vordergrund gestellt werden sollte. Die Aufnahme der von Herrn Rees unterbreiteten inhaltlichen Ergänzung bei Stellenausschreibungen begrüße sie ausdrücklich.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die Einrichtung einer Beschwerdestelle für Opfer von Diskriminierung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6

Errichtung und Finanzierung eines BioInnovationszentrums in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6681/2004-2009

Herr Smode betont die Bedeutung der Biotechnologie als zukunftsweisende Entwicklungsmöglichkeit für den Wissenschaftsstandort Bielefeld und erklärt, dass das Land NRW aus dem Regionalen Wirtschaftsförderprogramm Fördermittel in Höhe von 90 % des voraussichtlichen Investitionsvolumens von 18,2 Mio. € zur Realisierung eines biotechnologischen Zentrums in Aussicht gestellt habe. Als Ergebnis der in den letzten Wochen geführten konstruktiven Gespräche mit dem Land, der Bezirksregierung, der Fachhochschule, der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld und der Stadt Bielefeld sei festzuhalten, dass es erklärter Wille aller Beteiligten sei, ein Bioinnovationszentrum in der Nähe von Universität und Fachhochschule zu realisieren. Der Aufsichtsrat der WEGE mbH habe am heutigen Tag dem Bau und dem Betrieb des Bioinnovationszentrums durch die WEGE mbH einstimmig zugestimmt. Im Hinblick auf die in diesem Zusammenhang stehende Frage der langfristigen Sicherung der Finanzierung der Gesellschaft ab 2010 verweist Herr Smode abschließend auf die Ziffer 5 des Beschlussvorschlages, derzufolge - vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Rat der Stadt - die bisher bereit gestellte Kapitaleinlage von jährlich 1,09 Mio. € ab dem Jahr 2010 auf jährlich 1,3 Mio. € erhöht werden sollte.

Herr Bürgermeister Helling erklärt, dass die mögliche Ansiedlung eines Zentrums für Biotechnologie seit über 10 Jahren diskutiert werde und letztlich immer an der Frage der Finanzierbarkeit gescheitert sei. Durch die Einstufung der Stadt Bielefeld als „Fördergebiet mit schwerwiegenden Strukturproblemen“ und die damit in Zusammenhang stehenden Fördermöglichkeiten ergebe sich nunmehr die große Chance zur Realisierung dieses sinnvollen und zukunftsweisenden Vorhabens. Er betont, dass die in Aussicht gestellte Förderung von 90 % einem regionalen Konsens auf Bezirksebene zu verdanken sei. Abschließend weist Herr Bürgermeister Helling darauf hin, dass ab 2010 aufgrund des bei der WEGE mbH durch die Errichtung und den Betrieb des Zentrums entstehenden Finanzmehrabbedarfs die in der Vorlage dargestellte Erhöhung der Einzahlungen in die Kapitalrücklage zwingend erforderlich sei.

Frau Dr. Schulze erklärt, dass ihre Fraktion in Anbetracht der Bedeutung des Zukunftsfeldes Biotechnologie der Realisierung des Vorhabens grundsätzlich zustimme. Die für 2009 vorgesehene Finanzierung von 200.000 € aus eingesparten Auszahlungen aus dem Vorhaben „Gewerbeflächenmanagement“ erachte sie jedoch als problematisch. Im Übrigen sei darauf hinzuweisen, dass sich die zuständigen politischen Gremien - unabhängig von der Frage des Bioinnovationszentrums - bereits seit geraumer Zeit mit der Frage der Unterfinanzierung der WEGE mbH beschäftigt hätten. Insofern spreche sie sich dafür aus, die dargestellte Erhöhung der Kapitaleinlage von der Errichtung des Zentrums zu trennen.

Herr Oberbürgermeister David begründet die geplante Finanzierung in 2009 mit dem Hinweis auf Minderausgaben, die erst nach Aufstellung des Haushaltsplanes eingetreten seien. Aus seiner Sicht sei es sinnvoll, diese Mittel nicht unnötig zu binden. Hinsichtlich der Erhöhung der Kapitaleinla-

ge habe er als Aufsichtsratsvorsitzender der WEGE mbH die Pflicht deutlich zu machen, dass vor der Übertragung einer neuen Aufgabe an die WEGE mbH die Finanzierung der bisherigen Aufgaben sicherzustellen sei.

Herr Clausen erklärt, dass die Entscheidung des Aufsichtsrats der WEGE mbH, die Biotechnologie als Förderbereich auszuwählen, angesichts der Perspektiven und der bereits dargestellten Förderbedingungen sinnvoll und richtig sei. Überdies bittet er um nähere Erläuterungen zu dem für die Errichtung des Zentrums erforderlichen Bebauungsplanverfahren. Im Übrigen stimme er Frau Dr. Schulze insofern zu, als dass der unter Ziffer 5 des Beschlussvorschlages dargestellte Absichtsbeschluss zur Finanzierung der WEGE mbH ab 2010 nicht durch das konkrete Vorhaben ausgelöst sei. Dieses Verfahren bewerte er insofern als problematisch, als dass durch den Beschluss eine Bindungswirkung für den sich in der nächsten Legislaturperiode zu konstituierenden neuen Rat hervorgerufen werde.

Herr Beigeordneter Moss führt aus, dass im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens die Belange der Anwohnerschaft in angemessener Weise gewürdigt würden. Für den Fall, dass der angedachte Standort nicht zu realisieren sei, werde die Verwaltung einen Alternativstandort präsentieren.

Herr Oberbürgermeister David schlägt vor, die Ziffer 5 des Beschlussvorschlages wie folgt zu ändern: *„Der Rat ist sich seiner Verantwortung zur Finanzierung der WEGE mbH bewusst. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wird über die Höhe von Jahr zu Jahr entschieden.“*

Unter Verweis auf den Beschluss des Aufsichtsrats der WEGE mbH regt Herr Bürgermeister Helling an, in der Ziffer 5 die Formulierung „...auf jährlich bis zu 1,3 Mio. € zu erhöhen.“ einzufügen.

Herr Schmelz begrüßt ebenfalls die Realisierung des Bioinnovationszentrums, bittet aber um Auskunft, wie viele Arbeitsplätze in dem Zentrum geschaffen würden, wie die verkehrliche Anbindung erfolge und welcher alternative Standort seitens der Verwaltung in Erwägung gezogen werde.

Herr Beigeordneter Moss erklärt, dass die „Lange Lage“ durch den geplanten Standort verkehrstechnisch nicht beeinträchtigt werde. Die Verwaltung gehe davon aus, dass in dem Zentrum im Zielszenario rd. 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt seien. Zu den Alternativstandorten werde er keine Aussage treffen, da das in Aussicht genommene Grundstück an der Kurt-Schumacher-Straße / Voltmannstraße oberste Priorität besitze.

Herr Fortmeier ergänzt, dass eine gewerbliche Nutzung durch ein Bioinnovationszentrum auf dem Gelände des Hochschul-Campus aufgrund des in Kürze zu beschließenden Bebauungsplans ausgeschlossen sei.

Auf Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister David wird die Sitzung sodann unterbrochen, um zur die Frage der Finanzierung der WEGE mbH ab 2010 eine gemeinsame Formulierung zu erarbeiten.

Sitzungsunterbrechung von 17:55 Uhr bis 18:00 Uhr.

-.-.-

Nach Wiedereintritt in die Sitzung trägt Herr Clausen sodann den gemeinsamen Formulierungsvorschlag der Fraktionen zu Ziffer 5 vor (Text s. Beschluss).

B e s c h l u s s:

1. Die Errichtung eines BioInnovationszentrums als wichtiger Beitrag zur Entwicklung des Standortes Bielefeld und zur Förderung von Unternehmensgründungen im zukunftsweisenden innovativen Feld der Biotechnologie im Rahmen der strategischen Wirtschaftsförderung wird ausdrücklich begrüßt.
2. Die WEGE mbH wird gebeten, Fördermittel in Höhe von 90% für das voraussichtliche Gesamtinvestitionsvolumen von 18,2 Mio. € aus dem Regionalen Wirtschaftsförderprogramm des Landes (Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) zu beantragen. In der Annahme, dass diese Mittel fließen, erklärt sich die Stadt Bielefeld bereit, den notwendigen 10%-igen Eigenanteil (nach vorliegenden überschlägigen Kalkulationen vorläufig 1.774 T €) in Form eines nicht rückzahlbaren Investitionskostenzuschuss der WEGE mbH zur Verfügung zu stellen.

Für 2009 sind hierfür max. 200 T € vorzusehen, die in der Finanzplanung der Stadt Bielefeld durch eingesparte Auszahlungen aus dem Vorhaben „Gewerbeflächenmanagement“ zur Verfügung stehen. Die Bereitstellung weiterer Mittel bis zur Höhe des Eigenanteils wird entsprechend des Bedarfs für das Projekt ab 2010 durch die Stadt vorbehaltlich einer Beschlussfassung des Rates über die Haushalte in den kommenden Jahren bereitgestellt.

3. Der neben dem Eigenanteil nicht förderfähige Anteil für die Finanzierung des Bio-Innovationszentrums, der zu einem vorübergehenden zusätzlichen Finanzbedarf der WEGE mbH von voraussichtlich 455 T € führt, wird entsprechend des konkreten Bedarfs für das Projekt frühestens ab 2011 vorbehaltlich einer Beschlussfassung des Rates über die kommenden Haushalte in Form eines rückzahlbaren und zu verzinsenden Darlehens bereitgestellt.
4. Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister zur kurzfristigen Liquiditätssicherung der Gesellschaft ermächtigt, die bestehende Forderung der WEGE mbH gegenüber der Stadt in Höhe von 232 T € entgegen der bisherigen Planung (100 T € jeweils in 2009 und 2010, Rest 2011) bedarfsorientiert gegenüber der WEGE mbH auszugleichen.
5. Der Rat beauftragt die Verwaltung ein Finanzierungskonzept zu entwickeln, das bis zu 1,3 Mio. € Zuschuss Planungssi-

cherheit überjährig gibt unter Zugrundelegung der Fortsetzung des bisherigen Aufgabenbereichs.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-